

Die Haushaltsberatung 2005:

Grundlage für Strategie und Ziele der SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen 2005 - 2008

Diskussionsvorschlag zur Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion
vom 15. - 16. November in Göttingen

I. Die SPD in Niedersachsen muss ein neues Kapitel aufschlagen.

Eine der grundlegenden Erfahrungen der SPD in Niedersachsen nach den ersten 1 ½ Jahren Oppositionszeit seit 2003 lautet: Wir werden in der landesweiten Kommunikation nur dann als Opposition gut wahrgenommen, wenn wir mehr vorbringen können als punktuelle Kritik an der Regierung von CDU und FDP. Wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns nicht mit unserer Rolle als Kritikerin der Regierung zufrieden geben, sondern wieder zu einer echten Regierungsalternative werden, brauchen wir wieder größere und schlüssige Zukunftsentwürfe. Den strukturellen Veränderungen von CDU und FDP müssen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Niedersachsen mehr entgegenzusetzen als ihre begründete Kritik, denn sonst entsteht der Eindruck, wir wollten lediglich zurück zum Status quo ante des Regierungswechsels im Jahr 2003.

Gerade aber die bloße Fortschreibung der SPD-Politik aus unserer Regierungszeit fand und findet keinerlei Aufmerksamkeit mehr. Auch wenn viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sich immer noch zu recht auf die guten Ergebnisse unserer Regierungsarbeit berufen und mit guten Gründen für die Wahlniederlage im Jahr 2003 eher externe Faktoren verantwortlich machen: Am Wahlergebnis ändert das nichts. Diese erfolgreiche Periode sozialdemokratischer Regierungen ist inzwischen Teil der niedersächsischen Landesgeschichte. Und gewählt wird niemand für eine gute Geschichte aus der Vergangenheit, sondern für eine glaubwürdige Erzählung über die Zukunft.

Diese Erzählung kann und muss durchaus dort an den Erfolgen der Vergangenheit anknüpfen, wo uns die Menschen in Niedersachsen besondere Kompetenzen zusprechen; z.B. in der Kinder- und Familienpolitik oder in der Bildungspolitik. Sie muss aber vor allem eine „neue Erzählung“ beinhalten.

Sie darf auch kein „Märchenbuch“ im Sinne des „Wünsch Dir was“ oder unsolider Versprechen sein, sondern eine Erzählung über die Erneuerung der SPD in Niedersachsen („Facts tell – Storys sell“):

(1) Über das, was auch wir aus der Wahlniederlage und in der Opposition gelernt haben. Z.B. (*) dass:

- Auch wir die Kommunen finanziell überfordert haben und die Konnexität als bindendes Verfassungsprinzip überfällig ist;
- die von uns 1994 begonnene Verwaltungsreform nicht konsequent genug mit einer echten Reform der Mittelinstanzen und einem wirkungsvollen Bürokratieabbau verbunden wurde;
- wir zu oft den einzelnen Fachpolitiken und Interessengruppen den Vorrang vor einer konsequenten Haushaltskonsolidierung gegeben haben;
- es bei unserer Reform der Schulstrukturen an Konsequenz gefehlt hat und die Ergebnisse unverständlich und lückenhaft waren.

(2) Über die neuen Herausforderungen für die Menschen und die Regionen in Niedersachsen aus Sicht der SPD. Z.B.:

- Die Verbindung einer aktiven Bevölkerungs- und Familienpolitik mit einer besseren Frühförderung und Schulbildung.

(*) Bei den folgenden Themen zu (1) bis (3) handelt es sich nicht um vollzählige Aufzählungen oder programmatische Festlegungen, sondern ausschließlich um Beispiele, die sich natürlich im Laufe der politischen Beratung und Arbeit noch quantitativ und qualitativ verändern können und werden.

- Das Ausschöpfen der „neuen Bildungsreserve“ unter Kindern und Jugendlichen in den sozialen Brennpunkten und die Bildungsintegration von Ausländer- und Aussiedlerkindern.
- Der Aufbau einer leistungsfähigen regionalen Struktur- und Wirtschaftspolitik für die unterschiedlichen Landesteile (ländlicher Raum, strukturschwache, Ballungs- oder Metropolregionen).
- Die Neustrukturierung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft.
- Der Aufbau leistungsfähiger und effizienter Verwaltungsstrukturen im Land und in den Kommunen.

(3) Über unsere neue Politik und unsere neuen Reformvorschläge, mit denen wir diesen Herausforderungen und Aufgaben gerecht werden wollen.

Z.B.:

➤ **In der Familien- und Bildungspolitik:**

- Durch die Schaffung einer kinder- und familienfreundlichen Betreuungsstruktur in Niedersachsen mit Tagesbetreuung für die unter dreijährigen, Kindergärten und Ganztagschulen.
- Mit dem Aufbau von pädagogischen Frühförderzentren zur besonderen individuellen Förderung für Kinder bis zum 6. Lebensjahr in den sozialen Brennpunkten und Gebieten mit schwacher Sozial- und Bildungsstruktur.
- Mit dem dritten Kindergartenjahres als kostenfreie pädagogische Frühförderung in der Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule oder der Einschulung im fünften Lebensjahr.
- Durch den deutlichen Ausbau der pädagogischen und psychologischen Assistenz und der Unterstützung durch Verwaltungskräfte im Schulwesen, dem Ausbau der Eigenverantwortlichkeit und Selbstständigkeit der Schulen und starker Mitverantwortung und Mitbestimmung der Eltern.
- Mit dem Aufbau gemeinsamer Schulstrukturen bis zum 10. Schuljahr.

➤ In der Regional- und Wirtschaftspolitik:

- Durch die konsequente Regionalisierung der Wirtschaftsförderung und den Aufbau von Regionalfonds in der N-Bank des Landes.
- Mit der Stärkung des Investitionshaushaltes im Land (z.B. Städtebau).
- Mit dem weiteren Ausbau wichtiger Verkehrswege und der Infrastruktur (z.B. Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven, Y-Trasse, ...)
- Über die Clusterbildung in Wissenschafts- und Forschungszentren.

➤ In der Kommunalpolitik:

- Durch die konsequente Einführung eines echten und wirksam einklagbaren Konnexitätsprinzips in der Verfassung.
- Mit der Schaffung eines „Stabilisierungsfonds“ zum Ausgleich der Steuerausfälle im kommunalen Finanzausgleich des Landes.
- Durch die Verbesserung der kommunalen Einnahmesituation (Revitalisierung der Gewerbesteuer).
- Mit einer Landes- und Bundesfinanzierung der zusätzlichen Kinderbetreuungs- und Frühförderangebote.
- Durch die Stärkung der kommunalen Investitionskraft.
- Durch die Förderung freiwilliger Kooperation zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften und der Bereitschaft auch zu weiteren Funktional- und Gebietsreformen.
- Durch eine Förderung des Ehrenamtes wieder mehr Bürgerengagement zu unterstützen.

(4) Über die Bündnispartner, Strategien und Personen, mit denen wir diese Reformen durchsetzen wollen.

Wir müssen also beginnen ein neues Kapitel unserer Geschichte in Niedersachsen zu schreiben. Und wir müssen **jetzt** damit beginnen, damit wir diese „neue Geschichte“ im Jahr 2006 in den Kommunal- und Bundestagswahlen schon nutzen können. „Erzählungen“ brauchen Zeit, wenn sie erfolgreich sein sollen - sowohl im Entstehen wie im Verbreiten. Mit dem Haushalt 2005 müssen wir beginnen.

II. Solide Finanzierung: Die Voraussetzung für Glaubwürdigkeit.

Die Erfahrungen, die niedersächsische Parteien derzeit im Rahmen ihrer Arbeit machen können, unterscheiden sich vor allem in der Finanz- und Haushaltspolitik deutlich von jenen, die in der Vergangenheit gemacht wurden:

So stellen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fest, dass Haushaltskürzungen von CDU und FDP auch dann nur auf eine eher milde (öffentlich vorgebrachte) Kritik stoßen, wenn die gleichen Kürzungen zu Zeiten der SPD-Landesregierungen bereits zu lautstark und breit veröffentlichtem Protest geführt hatten - auch dann, wenn die konkreten Einsparungen eher geringer ausfielen als unter CDU und FDP. So z. B. bei der Kürzung der Hausaufgabenhilfe, den Kürzungen im Bereich der Dorferneuerung und der Flurbereinigung, der Einführung der Verwaltungsgebühren an den Hochschulen, der Begrenzung der Investitionsquote im stationären Pflegebereich und den Beihilfekürzungen im Jahr 2002.

Interessant ist dabei auch, dass die Haltung der CDU in ihrer Oppositionszeit zu diesen Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen der damaligen SPD - Landesregierung praktisch in Vergessenheit geraten ist. Standen doch die Vertreterinnen und Vertreter der CDU-Opposition immer in „vorderster Front“ bei allen Protesten gegen Sparmaßnahmen der SPD-Landesregierung. (Beispiele: Verlängerung der Lehrerarbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche im Jahr 1994, Verlängerung der Arbeitszeit aller Beamten im Jahr 1996 und Einführung von Arbeitszeitkonten, Reform der Kataster- und Schulverwaltung in den Jahren 1996/97, der Nichtausschöpfung von EU- und Bundesmitteln im Jahr 2002, den Beihilfekürzungen 2002 oder der flächendeckenden Einführung der Verlässlichen Grundschule anstelle der Vollen Halbtagschule im Jahr 2002)

Die heutigen Regierungsparteien – insbesondere der Ministerpräsident und sein Finanzminister – hatten in ihrer Oppositionszeit eine Doppelstrategie – besser „Doppelmoral“ ausgegeben: In abstrakten Reden wurde zum Sparen aufgefordert und im konkreten Handeln Mehrausgaben ohne Gegenfinanzierung vorgeschlagen, um jedem Protest im Lande scheinbar gerecht zu werden. Immerhin mehr als 2 Milliarden EURO betrug die Forderungen der CDU-Opposition, obwohl sie die Haushaltslage des Landes natürlich auch damals sehr gut kannte.

Für alle, die zwischen 1990 und 2003 die „Arbeit“ der CDU-Opposition in Erinnerung behalten haben, ist der heute immer wiederholte Vorwurf der CDU im Landtag, in der SPD - Landesregierung habe der Sparwille gefehlt, ein Beispiel für die dreiste Verlogenheit der niedersächsischen Union. Sie hat aber der CDU bei der Landtagswahl 2003 nicht geschadet.

Ganz anders die Erfahrungen der SPD in der Opposition: Im Unterschied zur CDU-Opposition zwischen 1990 und 2003 wird die heutige SPD-Opposition jetzt bei jeder Kritik am Landeshaushalt gefragt, wie sie denn die konkreten Ausgaben finanzieren würde? Die Glaubwürdigkeit ihrer Oppositionsarbeit wird weit stärker als früher an nachvollziehbaren Finanzierungsvorschlägen gemessen.

Die SPD sollte sich angesichts dieser Tatsache vor dem Trugschluss hüten, dieses Messen mit zweierlei Maß läge an der politischen Unausgewogenheit der journalistischen Berichterstattung. Und auch die noch relativ große zeitliche Nähe zu unserer Regierungsverantwortung ist nur zum Teil eine Erklärung für diesen Wandel im Umgang mit der Opposition. (Zumal die SPD sich eigentlich nicht Wünschen sollte, so lange in der Opposition zu bleiben, dass man diese Regierungszeit vergisst oder ihr eine unsolide Arbeit als Oppositionsfraktion quasi mitleidvoll „verzeiht“.)

Tatsache ist, dass sich die Zeiten und damit auch die öffentlichen Wahrnehmungen geändert haben:

- Die Staatsverschuldung hat Größenordnungen erreicht, die aktuell die staatliche Handlungsfähigkeit massiv beeinträchtigt und nicht mehr nur theoretisch und in ferner Zukunft.
- Die zu hohe Staatsverschuldung ist ein Dauerthema der öffentlichen Berichterstattung. Sie ist nicht mehr nur Thema für Finanzexperten, Ökonomen und Politiker, sondern in breiten Bevölkerungsschichten.
- Die SPD selbst hat die Staatsverschuldung unter der Überschrift „Generationsgerechtigkeit“ – zu Recht – zum Thema gemacht.

CDU und FDP haben durch diese Entwicklung Spielräume erhalten, die keine Regierung zuvor besessen hat:

- Erstmals stehen der Landesregierung durch Änderungen im bestehenden Bundesrecht Instrumente zur Verfügung, die allen Vorgängerregierungen verboten waren (insbesondere im öffentlichen Dienst).
- Die öffentliche Aufmerksamkeit ist auf die Bundespolitik konzentriert und dort sind es Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen, die ebenfalls harte Sparmaßnahmen durchsetzen. (Angesichts dessen werden die Vertreterinnen und Vertreter der SPD in Niedersachsen angesichts ihrer Kritik am Landeshaushalt nicht selten gefragt: „Was würdet Ihr denn machen? Ihr seid doch nicht besser.“)

Vor diesem Hintergrund der objektiven Haushaltslage **darf** und wegen der geänderten Rahmenbedingungen für eine glaubwürdige Oppositionspolitik **kann** die SPD in Niedersachsen die „Doppelmoral“ der CDU-Oppositionszeit nicht kopieren!

Die Alternative ist deutlich anspruchsvoller und für die SPD weitaus schwieriger zu bewältigen als es die klassische „Doppelstrategie“ der früheren CDU-Opposition war:

Im Kern muss sich die SPD auch als Opposition der Haushaltskonsolidierung verpflichten. Sie darf dann nur das von der Regierung fordern, was sie selbst zu finanzieren in der Lage wäre und nur die politischen Forderungen erheben, die sie selbst finanziell unterlegen könnte. Das ist das exakte Gegenteil von dem, was die CDU zwischen 1990 und 2003 getan hat und auch zu dem, was derzeit von CDU und FDP auf Bundesebene als Opposition zu bieten haben.

III. **Glaubwürdigkeit der CDU/FDP-Finanzpolitik erschüttern.**

Jede Auseinandersetzung der Opposition mit der Regierung muss sich naturgemäß auf die zentralen Ziele und politischen Erklärungen der Regierungsmehrheit richten. Im Haushaltsentwurf von CDU und FDP 2005 ist das (wie schon im Haushalt 2004) die Behauptung, mit diesem Haushalt werde das Ziel der Haushaltskonsolidierung erreicht und alle Sparmaßnahmen seien ausgeschöpft.

Die SPD muss sich deshalb darum bemühen, die Glaubwürdigkeit von CDU und FDP auf diesem Feld der Finanzpolitik zu erschüttern. Dafür gibt es gute Ansatzpunkte im Haushaltsentwurf von CDU und FDP 2005:

- Schattenhaushalte und verdeckte Schuldenaufnahme bei der HanBG und der Krankenhausfinanzierung in Höhe von **645 Mio. €**.

In der Folge liegt die tatsächliche Nettoneuverschuldung des Jahres 2005 bei 2,795 Mrd. € und nicht – wie von der Landesregierung behauptet – bei 2,15 Mrd. €.

- fehlende Lösungsvorschläge für die Folgen der „Pensionsfalle“;
- Kostensteigerungen und fehlende Einsparungen bei der Verwaltungs- und Polizeireform in Höhe von 45 Mio. €;
- Ignoranz gegenüber den Vorschlägen des Landesrechnungshofes, statt dessen: schuldenfinanzierte Wahlversprechen bei Lehrer- und Polizeieinstellungen in Höhe von 118,25 Mio. €;
- Verweigerung im Subventionsabbau die zum Verlust von 459 Mio. € für Niedersachsen führen;
- Verzicht auf mögliche Einsparvolumina; (76,593 Mio. €).

Dazu kämen noch die dramatischen Einnahmeverluste in Höhe von **jährlich 1,7 Mrd. EURO**,

die CDU und FDP für Niedersachsen erzeugen würden, wenn es tatsächlich zu der auf Bundesebene von Christian Wulff geforderten Kombination aus drastischer Steuersenkung (450 Mio. €) und steuerfinanzierten Kopfprämie im Gesundheitswesen (1,25 Mrd. €) käme.

Die CDU-Landesregierung plant schon jetzt – bei gleichzeitig ständigem Verweis auf die angeblich unsolide Finanzpolitik der ehemaligen SPD-Regierung – eine Nettokreditaufnahme (NKA), die weit über der NKA der alten Regierung liegen wird. Die SPD-Landesregierung hatte in der Zeit von 1998 bis zum Regierungswechsel insgesamt 9,6 Mrd. € Schulden aufgenommen. **Die Planungen der CDU-Regierung sehen schon jetzt (incl. Schattenhaushalten) eine Steigerung von 10,79 Mrd. € vor.**

Zu diesem Angriff auf die Glaubwürdigkeit von CDU und FDP gehört auch die permanente Wiederholung von Hinweisen auf die Vielzahl der gebrochenen Wahlversprechen – insbesondere von Christian Wulff. Dazu nur einige Beispiele:

1. Sprachförderung

Zum Thema: „Sprachförderung verbessern“ heißt es im CDU-Wahlprogramm: „Die Vermittlung von Lese- und Sprachkompetenz ist eine Kernaufgabe. [...], schulbegleitende Förderungen müssen hinzukommen.“

Tatsache ist:

Für die vorschulische Sprachförderung ausländischer Kinder steht kein einziger zusätzlicher Cent zur Verfügung. Die schulbegleitende Sprachförderung für ausländische Schülerinnen und Schüler wurde gestrichen, der muttersprachliche Unterricht um 13% gekürzt.

2. Wissenschaft

„Eine konsequente Hochschulpolitik macht unser Bundesland zukunftsfähig.“
„Die notwendigen Investitionen schöpfen wir aus dem Zukunftsfonds Niedersachsen“. (Wahlprogramm der CDU) -und- „Wir wollen die niedersächsische Fachhochschullandschaft gezielt ausbauen.“ (Regierungserklärung Christian Wulff)

Tatsache ist:

Die Landesregierung 50 Mio. €, und jedes Jahr weiter 10 Mio. € bei Wissenschaft und Forschung – soviel wie keine Regierung zuvor. - Die Fachhochschulstandorte Buxtehude und Nienburg werden geschlossen. Das von der alten Landesregierung entwickelte Konzept zum Ausbau der Fachhochschulen wird gestoppt.

3. Kürzungen bei den Beschäftigten

„Eine Öffnungsklausel, die offensichtlich allein den Zweck hat, den Landesetat auf dem Rücken des öffentlichen Dienstes zu sanieren, ist abzulehnen“ (Christian Wulff zu den „Wahlprüfsteinen“ der Gewerkschaft der Polizei)

Tatsache ist:

Bereits sechs Tage nach der Regierungsübernahme hat die Landesregierung im Bundesrat der Öffnungsklausel zugestimmt, streicht den Beamtinnen und Beamten Urlaubs- und Weihnachtsgeld, und hat bereits die Tarifverträge gekündigt, um diese Kürzungen auf die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst übertragen zu können.

4. Stärkung der kommunalen Finanzen

„Wir wollen eine Politik mit den Kommunen machen – und nicht auf deren Kosten.“ Das versprach die CDU in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2003.

Tatsache ist:

Die Landesregierung streicht den Kommunen im kommenden Jahr 150 Millionen Euro, die in den Städten und Gemeinden fest eingeplant waren.

5. Unterrichtsversorgung

„Eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung (...) schnellstmöglich zu schaffen.“ Das versprach die FDP in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2003.

Tatsache ist:

Die Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen bekommen zu Beginn des Schuljahres deutlich weniger Unterricht als noch vor einem Jahr. Doch das Kultusministerium versucht das zu verschleiern: Die Landesregierung manipuliert die Berechnungsmethoden so, dass selbst bei mehr Schülern und weniger Unterrichtsstunden eine „bessere“ Unterrichtsversorgung vorgegaukelt wird.

IV. Radikale Neuorientierung der Finanzpolitik der SPD.

Dieser Angriff der SPD auf die Politik von CDU und FDP ist aber nur konsequent und glaubwürdig, wenn:

- Die SPD-Landtagsfraktion mit ihren Anträgen selbst keine weitere Verschuldung erzeugt;
- nur die Sparvorschläge von CDU und FDP kritisiert, die sie selbst anders finanzieren könnte;
- mit eigenen Sparvorschlägen eine bessere und schnellere Haushaltskonsolidierung bewirkt
- und ihre Projekte und Entwicklungsziele für Niedersachsen solide finanziert.

Dies kann auch zur Folge haben, dass die SPD-Opposition mit Interessengruppen in Niedersachsen in eben so starken Konflikt kommt wie die Regierungsparteien – vermutlich sogar stärker als zu ihrer eigenen Regierungszeit.

Vor diesem Hintergrund fasst die SPD-Landtagsfraktion folgende Beschlüsse zur Haushaltsberatung 2005:

1. Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag stellt fest, dass:
 - die vorliegenden Beschlüsse der CDU/FDP-Landesregierung ihren eigenen Ansprüchen auf konsequente Haushaltskonsolidierung nicht gerecht wird,
 - statt dessen mit Schattenhaushalten die tatsächliche **Neuverschuldung** im Jahr 2005 um **645 Mio. € höher liegt** als von CDU und FDP behauptet,
 - die **Nettokreditaufnahme** nicht – wie vom CDU-Finanzminister behauptet um 350 Mio. € sinkt, sondern tatsächlich um **295 Mio. € steigt**,
 - die **Zinsbelastung** des Landes im ersten Regierungsjahr von CDU/FDP um 178,6 Mio. € gestiegen ist und von 2004 auf 2005 nochmals um 25,9 Mio. € **steigt**.

- die **Quote der Kreditfinanzierung** des Landeshaushaltes incl. aller Schattenhaushalte trotz aller Versprechungen der CDU bei 12,6 % liegt. (Bei der SPD lag die Kreditfinanzierungsquote unter 9 Prozent und nur im wirtschaftlichen Krisenjahr 2003 einmal bei 13,3 %.)
 - die Nettokreditaufnahme die eigenfinanzierten Investitionen wiederum um 1,22 Mrd. € übersteigen
 - und somit bis zum Ende der Legislaturperiode jedes Jahr von CDU und FDP **kein verfassungsgemäßer Haushalt** zu erwarten ist.
2. Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag stellt darüber hinaus fest, dass CDU und FDP die im Landeshaushalt vorhandenen **Einsparpotentiale** in einer Größenordnung von mehr als **76 Mio € nicht ausschöpfen**. (siehe Anlage 1)
3. CDU und FDP verschärfen die Haushaltskrise in Niedersachsen noch zusätzlich durch ihre **Verweigerungshaltung** im Bundesrat gegenüber den Vorschlägen der Bundesregierung und der Fraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen im Deutschen Bundestag zu einem wirksamen **Subventionsabbau**.

Mehr als **459 Mio. € jährlich** gehen dadurch dem Landeshaushalt Niedersachsen **verloren**.

Allein durch die Ablehnung der Streichung der Eigenheimzulage gehen Niedersachsen zwischen 2005 und 2008 mehr als 680 Mio. EURO Steuereinnahmen verloren. (Und dies, obwohl inzwischen nachweislich die Eigenheimzulage längst nicht mehr Familien und mittleren Einkommensbezieher bzw. der Bauwirtschaft zu Gute kommt, sondern weitgehend nur die Erhöhung der Grundstückspreise subventioniert hat.)

Darüber hinaus verliert das Land durch Kürzungen bei den Mitteln für Baumaßnahmen im Hochschulbereich (10,85 Mio. €) und reduzierte Zuweisungen für Großgerätebeschaffung (2 Mio. €) an den Hochschulen nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG), die 50prozentige Co-Finanzierung des Bundes, also 12,85 Mio. €.

4. CDU und FDP verschenken einerseits Subventionen in Höhe von **459 Mio. €** (zusammen mit den kommunalen Anteilen sogar **780 Mio. €**) an ihre eigene politische Klientel und sind deshalb andererseits um so mehr zu unehrlichen, unsozialen und unwirtschaftlichen Sparmaßnahmen gezwungen, die gleichzeitig durch eine Zurückfahren der Investitionen im Landeshaushalt und der Einschränkung der Investitionsmöglichkeiten der Kommunen nicht zukunftsorientiert sind:

- Streichung des Landesblindengeld in Höhe von 22 Mio €.
- Raubzug in die kommunalen Kassen durch Kürzung des Finanzausgleichs um 150 Mio €. In der Folge fallen die Kommunen weiterhin als Auftraggeber für Arbeitsplätze im Handwerk und der heimischen Wirtschaft aus.
- Wortbruch bei der Entlastung der Städte, Gemeinden und Landkreise: Statt die Entlastung durch die Übernahme der Sozialhilfelasten für Langzeitarbeitslose („Hartz IV“) in Höhe von 250 Mio € wie versprochen weiter zu geben, behält das Land 60 Mio € für den eigenen Haushalt zurück.
- Erhöhung der Arbeitslosigkeit in Niedersachsen durch die Senkung der Investitionsquote des Landes 2005 auf einen historischen Tiefstand von 7,2 Prozent, dies sind 1,516 Mrd. €. (Das Investitionsvolumen 2002 unter SPD-Landesregierung lag noch bei 2,188 Mrd. €, dies entspricht 9,9 Prozent.)
- Verzicht auf ein Investitionsvolumen von 450 Mio € im Städtebau durch Streichung von 17 Mio. € Städtebaufördermittel im Landeshaushalt.
- Erneute Kürzung der Zuwendungen an die Wohlfahrtsverbände um 2,2 Mio. €.
- Kürzung der Sprachförderung im Kindergarten.
- Verschlechterung der Unterrichtsversorgung durch Streichung von Unterrichtsstunden und Manipulation der Statistik.
- Abqualifizierung der Arbeit an Grundschulen durch Einsatz von nicht pädagogischem Personal im Vertretungsunterricht.
- Rücksichtslose Belastung auch der unteren und mittleren Einkommensgruppen im öffentlichen Dienst des Landes durch Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld.

5. Der von CDU und FDP vorgelegte Landeshaushalt 2005 enthält zudem **keinerlei Ansatz**, um die wachsenden **Pensionslasten einzugrenzen** und einen Umstieg vom Beamtenapparat auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Landesdienst zu beginnen.

6. Der CDU-FDP Entwurf zum Landeshaushalt 2005:
 - **bleibt verfassungswidrig,**
 - **bricht eine Vielzahl von Wahlversprechen des Ministerpräsidenten Wulff,**
 - **ist unehrlich, unsozial und unwirtschaftlich.**

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird ihn deshalb ablehnen.

7. Die Alternative der SPD-Landtagsfraktion zum CDU/FDP-Haushaltsentwurf ermöglicht es:
 - Den finanziellen **Handlungsspielraum** des Landes durch zusätzliche Einsparungen und den Abbau unnötiger Subventionen um **535,093 Mio. €** zu erhöhen (Anlage 1).
 - **Keine Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs** um 150 Mio € vorzunehmen und die Verluste der Kommunen durch die Steuerverbundabrechnung und Steuereinnahmen in Höhe 152 € zu kompensieren.
 - Die **Investitionen des Landes** (Städtebau und Bauunterhaltung) **um 35 Mio € zu erhöhen**, um die Investitionsquote im Haushalt zumindest wieder von 7,2 Prozent auf 7,4 Prozent zu steigern.
 - **Unsoziale Kürzungen** im Bildungs- und Sozialbereich in Höhe von 22 Mio. € **zurück zu nehmen**.
 - **Die Nettokreditaufnahme um weitere 191 Mio. € zu senken.**
 - Im Bereich des Personals eine **Umsteuerung zu Entlastung der Pensionskosten** vorzunehmen.
 - Alle **Finanzreferendare** auf einen festen Arbeitsplatz zu **übernehmen**, um damit die Effektivität vor allem im Bereich des Prüfungswesens nicht zu gefährden (2,5 Mio. €)

8. Die SPD-Landtagsfraktion wird dazu folgende Alternativen zum Haushaltsentwurf von CDU und FDP beantragen:

- **Umsteuerung bei den Personalkosten und zusätzliche Einsparungen**

a.1. Ausgehend von den Empfehlungen des Landesrechnungshofes (LRH) für das dringend notwendige Umsteuern im Bereich der Personal- und Verwaltungskosten, wird die SPD-Fraktion beantragen Neueinstellungen ausschließlich in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen vorzunehmen.

Die Einstellung von Beamten erfolgt nur noch in den Bereichen Justiz, Justizvollzugsdienst, Polizei und in einzelnen Arbeitsbereichen der Finanzverwaltung.

Mehrkosten im Personalbereich dürfen nicht entstehen. Für Mehraufwendungen bei sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten gegenüber dem Beamtenstatus ist die Anzahl der Vollzeitstellen bei gleich bleibendem Personalkostenbudget entsprechend zu kürzen.

a.2. Zum Ausgleich der dadurch entstehenden Mindereinstellungen werden die Zuständigkeiten, Mitbestimmungsrechte und Freistellungsregelungen des NdsPersVG entsprechend den Vorschlägen des LRH überprüft. Nach Berechnungen des LRH können dadurch bis zu 1.000 Vollzeitstellen erwirtschaftet werden.

Falls sich die Berechnungen des LRH als richtig herausstellen sollten, erfolgt eine Anpassung an die Regelungen des Betriebsverfassungsrechtes (und ggf. auch des Mitbestimmungsgesetzes).

a.3. Die SPD-Landtagsfraktion beantragt im Landeshaushalt zusätzliche Einsparungen in Höhe von 76,593 Mio € vorzunehmen. (Siehe Anlage 1)

• Umfinanzierungen

- b.1. Zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den niedersächsischen Schulen sollen – ebenfalls nach den Vorschlägen des LRH – Teile des Systems der sogenannten „Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden für Lehrkräfte“, die Altersermäßigung, die Anrechnungsstunden für besondere Belastungen und die Altersteilzeit mit einem Gesamtvolumen von 950 „Vollzeitlehrereinheiten“ (VZLE) auf den Prüfstand gestellt werden.

Ziel ist es, daraus eine Summe von 200 VZLE (20 Prozent) für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung zu gewinnen.

- b.2. Weitere Lehrerstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung erwartet sich die SPD-Landtagsfraktion aus einer Neubewertung der Unterrichtsbelastung der Lehrkräfte für unterschiedliche Schulen und Fächer bzw. in der Verbindung von Präsenzzeiten für Lehrkräfte mit dem Ausbau der Ganztagschulen in Niedersachsen.
- b.3. Im Jahr 2005 müssen 2.500 Pensionierungen im Lehrerbereich in einem Gesamtvolumen von 116,2 Mio. € ersetzt werden. Durch die von der SPD angestrebte personalkostenneutrale Einstellung aller Beamten als sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (Angestelltenstatus nach BAT) ergibt sich ein aufgrund der höheren Personalkosten eine Kürzung des Personalbudgets auf 2080 Lehrerstellen

Davon werden nur 620 Stellen wieder mit angestellten Lehrkräften besetzt (750 Beamtenstellen im Volumen von 34,8 Mio. €).

Durch die Gewinnung von 200 VZLE (siehe Pkt. b.2.) ergibt sich allerdings für den Unterricht wieder eine Zahl von 820 Stellen.

Das verbleibende Finanzvolumen von 81,4 Mio. € (116,2 Mio. € abzüglich 34,8 Mio. €) und die sich daraus ergebende Zahl von 1630 Angestelltenstellen wird für die Besetzung der Schulen mit pädagogischem „Assistenzpersonal“ (z.B. Sozialpädagogen, Erzieher, Therapeuten, Psychologen, zum Aufbau von Frühförderung und qualifizierter Ganztagsangebote genutzt.

Darüber hinaus ist das Ziel, in den Haushaltsjahren 2005 bis 2008:

- Das Angebot an Ganztagschulen in Niedersachsen deutlich zu erhöhen und dafür auch das notwendige Personal bereit zu stellen.
- Ausreichend Stellen für „pädagogisches Assistenzpersonal“ an die 3.600 niedersächsischen Schulen zu bringen;
- Flächendeckend pädagogische Frühförderzentren in den 38 Landkreisen und der Region Hannover, den 9 kreisfreien Städten, den 7 großen selbstständigen und den 55 selbständigen Städte einzurichten.

Weiterhin muss geprüft werden:

- b.5. Eine Anpassung der finanziellen Förderung der Erwachsenenbildung in Niedersachsen an den Durchschnitt aller Bundesländer.

Dabei erfordern allerdings neue Aufgaben wie die Sprachförderung und die nachholende Sprachintegration auch zusätzliche Mittel aus Umfinanzierungen innerhalb der Förderung der niedersächsischen Erwachsenenbildung.

- b.6. Eine Anpassung der Förderung der Staatstheater in Niedersachsen an die finanziellen Verhältnisse des Landes.

- **Subventionsabbau und Mehreinnahmen**

- c.1. Die SPD-Landtagsfraktion beantragt im Niedersächsischen Landtag die Zustimmung zu den in der Anlage 2 aufgeführten Maßnahmen des Subventionsabbaus. Einsparpotential für den Landeshaushalt: **459 Mio €.**
- c.2 Sie beantragt ebenfalls die Erhöhung des Förderzinses um 100 Mio €. Der Landesanteil steigt damit im **Förderzins um 10 Mio €.**

- **Mehrausgaben**

- 1. Ziel: Stärkung der kommunalen Finanzkraft.**

- d.1. Einrichtung eines „Stabilitätsfonds“ in einem Sondervermögen des Landes für die niedersächsischen Kommunen zum Ausgleich der Einnahmeschwankungen aus der Steuerverbundquote in Höhe von 152 Mio €. Die Zinsbelastung in Höhe von 6 Mio. € trägt der Landeshaushalt.

Dieser „Schattenhaushalt“ zu Gunsten der Kommunen ist in den folgenden fünf Jahren bei einer steigenden Ausgleichsmasse im kommunalen Finanzausgleich an das Land zurück zu zahlen.

- d.2. Die SPD-Landtagsfraktion will durch einen Haushaltsvermerk sicherstellen, dass die sich ergebenden finanziellen Entlastungen aus den Arbeitsmarktreformen („Hartz IV“) vollständig an die niedersächsischen Kommunen weitergeleitet werden.
- d.3. Konversionsprogramm für durch die Bundeswehrstandortschließung betroffenen Kommunen in Höhe von 12,8 Mio. €.

2. Ziel: Mehr Arbeitsplätze durch Stärkung des Investitionshaushaltes.

d.4. Erhöhung der Städtebauförderung um 17 Mio. €. Durch Weiterführung dieser Aufgabe durch die Landestreuhandstelle. Die Zinslasten in Höhe von 2 Mio. € trägt das Land.

d.5. Rücknahme der Kürzungen bei den Bauunterhaltungsmaßnahmen in Höhe von 18,5 Mio. €

3. Ziel: Soziale Sicherheit in Niedersachsen erhalten.

d.6. Rücknahme der Kürzungen beim Landesblindengeld in Höhe von 22 Mio. €.

d.7. Wiederherstellung der Ansätze für die Ehrenamtlichenarbeit in Höhe von 0,420 Mio. €.

d.8. Erhöhung der Mittel für die politische Bildung 0,368 Mio. €.

• Saldo-Verringerung der Nettokreditaufnahme

Der sich ergebende positive **Saldo in Höhe von rund 471 Mio €** (12 Mio. € Restmittel aus den Einsparungen und die Mittel aus dem Subventionsausbau in Höhe von 459 Mio. €) können genutzt werden für:

e.1. **Rücknahme der Kürzungen** in Höhe von 150 Mio € im **kommunalen Finanzausgleich**.

e.2. **Sozialverträglichen Alternativen** zu den von CDU und FDP geplanten undifferenzierten Kürzungen beim **Weihnachts- und Urlaubsgeld** (Umfang ca. 130 Mio €. Das entspricht etwa einer Halbierung der von CDU und FDP in den Gehältern des öffentlichen Dienstes geplanten Einsparungen).

e.3. Einem zusätzlichen **Abbau der Nettokreditaufnahme um 191 Mio € gegenüber dem CDU/FDP Haushaltsplanentwurf 2005.**